

„Vorfahrt Natur und Umwelt!“

Persönliche Beobachtungen bei einem Bürger*innengespräch mit Kandidat*innen zur Oberbürgermeister-Wahl

Am 16. Juli 2026 trafen sich gut 100 Menschen im Museum Lüneburg auf Einladung des Zukunftsrat Lüneburg, des NABU Lüneburg und des BUND Regionalverband Elbe-Heide zu einem Bürger*innengespräch, um mit den Kandidat*innen zur Oberbürgermeisterwahl in Lüneburg über Klima-, Umwelt- und Naturschutz zu diskutieren.

Angesichts der Hitzewellen der letzten Wochen wird die Frage nicht nur für die Stadt Lüneburg immer dringlicher, wie in Zukunft mit den Herausforderungen der Klimakrise umgegangen wird. Wie soll eine klimaresiliente Stadtentwicklung realisiert werden? Wie kann die mit der Klimakrise verbundene Biodiversitätskrise angegangen werden, wird doch Klimaanpassung durch den Schutz von Grünflächen, durch Gewässer- und Artenschutz wesentlich erleichtert? Wie soll sich Mobilität verändern, wie Flächenverbrauch reduziert, wie Kaltluftkorridore erhalten werden? Wie können nicht nur die Symptome sondern auch die Ursachen bekämpft werden?

In den kurzen Einführungsstatements durch die Veranstaltenden waren zum Beispiel auch die aktuellen „[Forderungen des BUND Niedersachsen zur Kommunalwahl 2026 – Zukunft wächst lokal – Was wir jetzt für Klima, Natur und Lebensqualität brauchen](#)“ eine Grundlage.





Foto: Phaenna Fölz

Danach hatten die Kandidat*innen Gelegenheit für eine Kurz-Positionierung. Danach gab es sechs Gruppentischen mit jeweils einer/m Kandidat*in die Möglichkeit konkret und persönlich ins Gespräch zu kommen. Am Schluss sollten alle Kandidierenden kurz ihre „Leuchtturm“-Projekte für die Zeit nach der Wahl vorstellen, wie sie die Stadt auf die zunehmenden klima- und umweltpolitischen Herausforderungen vorbereiten wollen.

Wer sich für genauere Aussagen der Kandidat*innen für das Oberbürger-

meisteramt in Lüneburg bei dieser Veranstaltung interessiert, sei auf die im Lüne-Blog publizierte Pressemitteilung des Zukunftsrat Lüneburg hingewiesen.¹ Im Folgenden soll es um einige persönliche Beobachtungen während der Veranstaltung gehen.

Schon bei den Einführungsstatements gab es Äußerungen der Kandidat*innen wie „bin seit 25 Jahren in der Stadtpolitik“ oder „schon vor Jahrzehnten gab es Pläne von meiner Partei“, die nahelegten, dass diese sehr in der Vergangenheit verankert zu sein scheinen. Gleichwohl sehen alle die großen Herausforderungen, die die aktuellen Polykrisen verursachen. Es wird „kein Erkenntnisproblem“ gesehen sondern vor allem ein „Umsetzungsproblem“. Ein Kandidat „kann alles nur unterstreichen“, aber Augenmaß sei notwendig.

Gerade Bäume scheinen es allen Kandidat*innen angetan zu haben, denn alle wollen Bäume pflanzen, und eigentlich wollen die meisten auch mehr entsiegeln. Auch Wasser ist für alle wichtig, Retentionsflächen bei Starkregen, die Schwammstadt oder die dringend notwendige 4. Reinigungsstufe bei Kläranlagen sind dabei zum Beispiel Themen.

In den anschließenden drei Gesprächsrunden mit den Kandidierenden, wobei man als Teilnehmer*in dreimal den Platz wechseln konnte, wurde etwa von mehr „Mikro“-Grün- oder Mikro-Wasserflächen gesprochen, man müsse „Synergien nutzen“, „Kompromisse schließen“ (– aber macht der Klimawandel Kompromisse?).

In der letzten Wahlperiode gab es mit dem NUMP (Nachhaltiger Urbaner Mobilitätsplan) und dem Marienplatz Beispiele, wo trotz intensiver Bürgerbeteiligung letztlich die Politik der Stadt Veränderungen und Verbesserungen verhindert hat. In einer Gesprächsrunde auf der Veranstaltung wurde die verhinderte Umgestaltung des Marienplatzes mit den Kosten, die ja durch Steuergelder bestritten

¹ Zukunftsrat Lüneburg. (2026, Juli 21). [Klimawandel, Hitze und Unwetter: Wie schützt sich Lüneburg künftig? - Was die OB-Kandidierenden vorhaben](#). Lüne-Blog.

ten werden, begründet. Dass der Weiterbau der A39 eine viel massivere „Verbrennung“ von Steuergeldern darstelle, wird anscheinend nicht wahrgenommen!? Auch die Kosten für einen Kunstrasen für einen Fußballplatz von mehr als 500.000 Euro scheinen für Lüneburg kein Problem zu sein.²

Auch „veraltetes Denken“ wurde für den Berichtenden deutlich, so bei Äußerungen wie „als Stadt leben wir von der Wirtschaft“ – nur wenn diese floriere, seien Gelder für Umwelt- und Naturschutz vorhanden. Und außerdem ginge ja Klima- und Umweltschutz auch die ganze Welt an. Dabei sind gerade die kommenden Kosten der Klima- und Biodiversitätskrise die größten Gefahren für die Wirtschaft. So hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), der die Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik berät, erst vor Kurzem unter dem Titel „Erfolgreiche Wirtschaft braucht resiliente Natur: Warum Biodiversitätsschutz ökonomisch relevant ist“ für ein neues Verständnis des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Natur und mehr politischen Rückhalt für unternehmerischen Biodiversitätsschutz plädiert.³ Auch der Verweis auf Andere ist ein typisches Argument von Klimaleugnern.⁴



Foto: Phaenna Fölz

In einem der Abschluss-Statements wurden gar zur Durchsetzung des Verbotes von Schottergärten in Lüneburg⁵ die Bürger*innen zur „Mitarbeit“ aufgefordert. Dies erscheint mir nicht unbedingt gemeinschaftsfördernd. Das Versiegeln von Vorgärten für Autoparkplätze wird anscheinend nicht als Problem gesehen.

Insgesamt waren aber trotzdem auch gute Ansätze zu erkennen, wenn zum Beispiel eine Umverteilung des Verkehrs, auch durch mehr Einbahnstraßen, als wichtig angesehen wird, um dadurch frei werdenden Raum für Biodiversitätsflächen und für Retention von Wasser zu gewinnen. Eine „politische Stadtplanung“ wird gefordert, dabei gibt es diese ja auch zur Zeit, nur nicht im Sinne von mehr Raum für Natur und für Mensch. Auch andere Städte als Vorbild zu nehmen, kann nicht falsch sein.

Interessant war auch die durchaus unterschiedlich wahrgenommenen Rolle von Moderator*innen bei den Gesprächen mit den Kandidat*innen. Manche Moderator*innen merkte man gar nicht, weil sie mit diskutierten. Andere liessen es zu, dass die/der Kandidierende in einer Runde sich nur zwei

² Vgl. <https://www.hansestadt-lueneburg.de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/der-ball-rolt-kunstrasenplatz-an-den-suelzwiesen-feierlich-eroeffnet.html>

³ Vgl. Rat für nachhaltige Entwicklung. (2025, November 11). RNE-Stellungnahme: [Erfolgreiche Wirtschaft braucht resiliente Natur](#).

⁴ Vgl. den Beitrag in diesem Newsletter vom Januar 2024 mit dem Titel „[Klimakommunikation](#)“ (S. 4-5).

⁵ Vgl. <https://www.hansestadt-lueneburg.de/rathaus/aktuelles/pressearchiv/gruen-statt-grau-stadt-geht-verstaerkt-gegen-schottergaerten-vor.html>

Fragen äußerte, weil sie/er ansonsten selbst die ganze Zeit „monologisierte“, leider kein Bürger*innengespräch. In einer Runde („ich bin hier die Moderatorin“) redete diese oft dazwischen, fasste für die/den Kandidierende/n die Statements zusammen, so dass diesem kaum Zeit für Antworten blieb, worüber diese*r gar nicht so traurig zu sein schien.

Einer der „Highlights“ für den Berichtenden war die Gesprächsrunde mit dem Vertreter der Partei „Die Partei“.⁶ Er bezeichnete seine Partei als Partei „eher radikaler Lösungen“, war für „unechte Parkplätze“ statt „unechter Fahrradstraßen“. Im Wahlflyer stehen „Wahlversprecher“ wie „Ungenutzte Flächen nutzen: Windräder auf Kreisverkehre“ oder „Pop-up-Brücke für Amt Neuhaus“.

Sind die Äußerungen von „Die Partei“ als Satire und eher sinnlose Aussagen klar zu erkennen, ist dies bei Äußerungen anderer Parteien weniger transparent. Viele Äußerungen erscheinen nichts Anderes als nicht-performative Sprechakte. Sie sind also eher Aussagen, aus denen keine Handlungen folgen,⁷ denn es ist ja Wahlkampf. Aber nicht nur im Wahlkampf scheinen solche Sprechakte ein Hauptmerkmal unserer Gegenwart zu sein.

Aber noch etwas sollte hier zum Schluss nicht unerwähnt bleiben: Solange die Forderungen der Umwelt- und Naturschutzverbände nicht durch Gesellschaft und Politik umgesetzt werden, bleiben auch diese leider nicht-performativ.

Thomas Hapke



Auch im Mittelalter kaum Bäume in der Stadt?! Foto aus der Ausstellung „Abenteuer Hanse mit PLAYMOBIL“ im Museum Lüneburg. Foto: T. Hapke

⁶ Ausnahmsweise soll zu den Äußerungen des Vertreters dieser Partei, diese auch benannt werden.

⁷ Dazu siehe Hetzel, A. (2024). Vielfalt achten: Eine Ethik der Biodiversität. Transcript, S. 346: "Solche Sprechakte tun nicht, was sie sagen: Sie verpflichten eine Person, eine Organisation oder einen Staat nicht zu einer Handlung. Stattdessen sind sie nicht-performativ. Es sind Sprechakte, die sich so lesen, als ob sie performativ wären; und dieses ›Lesen‹ generiert seine eigene Wirkung." (Ahmed 2006: 104) Gesetze, Verträge und Konventionen können ‚beschlossen werden, ohne, dass sich etwas ändert. Ein neues Gesetz kann beschlossen werden als eine Möglichkeit, nichts ändern zu müssen.“ (Ahmed 2021: 138) Wir legen uns im Unterzeichnen von Konventionen auf Verzicht und Ausstieg fest, aber natürlich nicht sofort, sondern bis zum Jahr 2035. Bis dahin konsumieren wir umso intensiver weiter: Flächen, fossile Kohlenstoffe, Ökosysteme, Arten. Die Deklarationen und Gesetze fungieren als kollektive Beruhigungsmittel, sie unterstützen uns dabei, alles beim Alten zu belassen."